

## **„Arbeitsbeschaffung“ und „Umbau der Wirtschaft“**

Probleme der gewerkschaftlichen Programmatik in den letzten Jahren der Weimarer Republik

---

*Dr. Michael Schneider, Jahrgang 1944, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung und arbeitet zur Zeit — nach Untersuchungen zur Politik der Interessenverbände in der Weimarer Republik — an einer Geschichte der Christlichen Gewerkschaften 1890 bis 1933.*

In der kürzlich begonnenen Auseinandersetzung des DGB mit den eigenen Traditionen nimmt die Analyse der ADGB-Politik vor allem der letzten Jahre der Weimarer Republik einen hervorragenden Platz ein, liegen doch hier auch Notwendigkeit und Chance auf der Hand, in selbstkritischer Aufarbeitung der Bedingungen des damaligen Scheiterns Orientierungspunkte für die Bewältigung aktueller Probleme zu formulieren. Entsprechende Bemühungen werden dadurch begünstigt, daß in wirtschaftlichen Krisensituationen die sozio-ökonomischen Konflikte verschärft zutage treten und sich somit das latent immer vorhandene Grundproblem gewerkschaftlicher Arbeit deutlicher als etwa in Phasen wirtschaftlichen Aufschwungs abzeichnet. Vielfach wurde (und wird) dieses Grundproblem auf die Polarität einer alternativen Funktionsbestimmung — systemstabilisierender Ordnungsfaktor / systemverändernde Gegenmacht — zugespitzt; daß es sich hierbei jedoch keineswegs um einander ausschließende Funktionen handeln muß, sondern vielmehr um das Problem einer in jeder historischen Situation neu zu definierenden und zu praktizierenden Vermittlung dieser beiden Pole

gewerkschaftlicher Arbeit, kann gerade die Untersuchung der Endphase der Weimarer Republik zeigen\*.

*Die „goldenen zwanziger Jahre“ oder: Die Illusion eines krisenfreien Kapitalismus*

Der Wirtschaftsboom in den USA und die Anzeichen einer Konsolidierung auch der deutschen Wirtschaft Mitte der zwanziger Jahre hatten dazu beigetragen, daß sich trotz Nachkriegswirren und Inflation in breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung — auch bei Nationalökonomen, Politikern, bei Industriellen und Gewerkschaftern — rasch eine überaus optimistische Einschätzung der weiteren Entwicklung der privatkapitalistisch organisierten Wirtschaft durchsetzte. Daß man — auch nach, dem Erlebnis der Hochinflation — keinerlei Instrumente für eine aktive Krisenbekämpfung vorbereitet hatte, mochte für die liberaler Wirtschaftsideologie anhängenden Industriellen, bürgerlichen Politiker und Vertreter der etablierten Nationalökonomie geradezu selbstverständlich sein. Daß auch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung — die SPD stellte von 1928 bis März 1930 mit *Hermann Müller* den Reichskanzler und (kurzfristig) mit *Rudolf Hilferding* den Finanzminister einer Regierung der Großen Koalition — der beginnenden Wirtschaftskrise zunächst ratlos gegenüberstand, ist demgegenüber Ausdruck des Unvermögens, die immer aufs neue bekundete Einsicht in die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus mit der Neueinschätzung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft durch die „Theorie des organisierten Kapitalismus“ praxisorientiert zu verbinden.

*Die Basis sozialdemokratischer Programm- und Strategie-Vorstellungen: Hilferdings „Theorie des organisierten Kapitalismus“*

Rudolf Hilferding hatte bereits in seinem 1910 erschienenen Werk „Das Finanzkapital“ die Ansicht vertreten, mit der zunehmenden wirtschaftlichen Konzentration und der Organisation der Arbeitsmarktparteien in Kartellen und Verbänden wachse auch der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft. Schon damals glaubte er aus der Erkenntnis, daß es der Bourgeoisie offenbar gelungen war, ihre wirtschaftliche Macht durch politischen Einfluß abzusichern, den Schluß ziehen zu können, in den Händen der Arbeiterschaft könne — nun umgekehrt — die politische Macht zum Instrument auch ihrer wirtschaftlichen Befreiung werden. Inwiefern die wirtschaftliche auch die politische Macht bedingt, wurde schon in dieser Analyse nicht ausreichend problematisiert. 1924 glaubte Hilferding dann

---

\* Da auf Anmerkungen verzichtet wird, sei hier nur auf die wichtigsten Primärquellen hingewiesen: Fritz Naphtali, *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*, Berlin 1928; Wiederaufbau durch Arbeitsbeschaffung. Beschluß des Außerordentlichen Gewerkschaftskongresses vom 13. April (1932) zu Berlin, in: *Gewerkschafts-Zeitung* Nr. 17 vom 23. April 1932, S. 257; Richtlinien des ADGB zum Umbau der Wirtschaft, hrsg. vom ADGB, Berlin 1932. Eine detaillierte Untersuchung der gewerkschaftlichen Politik 1930—32/33, der auch die genauen Quellennachweise zu entnehmen sind, bietet: Michael Schneider *Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 120), Bonn-Bad Godesberg 1975.

— so sein Aufsatz in der ersten Nummer der „Gesellschaft“ — davon ausgehen zu können, daß der Staat unter den Bedingungen der Weimarer Republik und durch die Entwicklung der Wirtschaft zum organisierten Kapitalismus nicht mehr als Instrument allein der wirtschaftlich Herrschenden zur Vertretung ihrer Interessen angesprochen werden dürfe; die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft stünde vielmehr in zunehmendem Maße dem gleichberechtigten Einfluß der Arbeitnehmerschaft offen. Hilferdings Theorie — konkretisiert und popularisiert schließlich in seiner Rede auf dem Kieler Parteitag der SPD (1927) — war sowohl Wegbereiter der sozialdemokratischen Koalitionspolitik (1928—1930) als auch theoretische Untermauerung einer strategischen Konzeption zur weiteren Demokratisierung der Weimarer Republik.

*Ein neues Schlagwort: Wirtschaftsdemokratie*

Etwa gleichzeitig wurden im Jahre 1925 — auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß und dem Heidelberger Parteitag der SPD — von beiden Säulen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Globalforderungen artikuliert, die auf der Erkenntnis basierten, die politische Demokratie bedürfe der Ergänzung und Absicherung durch eine Demokratisierung der Wirtschaft. Konkrete Vorschläge formulierte jedoch erst eine vom ADGB-Bundesvorstand berufene Kommission, deren Arbeitsergebnisse von *Fritz Naphtali*, dem Leiter der von freien Gewerkschaften und SPD gemeinsam getragenen Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, zusammengefaßt und 1928 publiziert wurden. Naphtali betonte, daß „Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie [. . .] als Endziel untrennbar miteinander verknüpft“ bleiben sollten; dementsprechend werde die Demokratisierung der Wirtschaft nicht die weiterhin anzustrebende Sozialisierung ersetzen, sondern ergänzen. Konkret gefordert wurde die Ausdehnung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung sowie der öffentlichen Wirtschaft; schließlich sollte drittens der Aufbau von Selbsthilfeorganisationen, besonders der Konsumgenossenschaften, forciert werden.

Die grundsätzliche Problematik dieses „Gegenmachtmodells“, das vom Hamburger Gewerkschaftskongreß 1928 als programmatische Forderung des ADGB angenommen wurde, liegt sicherlich vor allem darin, daß es auf demokratischem Wege realisiert werden sollte. Naphtali war sich dieses Dilemmas durchaus bewußt: „Man braucht die Mehrheit, um die privilegierte Stellung der Besitzenden zu brechen, und man konnte bis jetzt keine Mehrheit gegen die privilegierte Stellung zusammenbringen, eben darum, weil sie noch nicht gebrochen war.“ Die Wirtschaftsdemokratie-Konzeption basierte mit der Annahme, der Kapitalismus sei zu biegen und dann zu brechen, auf dem Gedanken systemüberwindender Reformen, dessen Realitätsbezug Naphtali zwar als Problem erkannte, ohne daß daraus jedoch eine Diskussion der Mittel abgeleitet worden wäre, die es zur Durchsetzung dieser Forderung einzusetzen gelten könnte. Gerade dies war der Punkt, an dem sich die innergewerkschaftliche (und auch innerparteiliche) Kritik

vor allem der „Linken“ entzündete, die sich jedoch auf den unter dem selbstauferlegten Zwang zum Bild der Geschlossenheit stehenden Partei- bzw. Gewerkschaftskongressen kaum zu artikulieren vermochte.

Da weder die Theorie des organisierten Kapitalismus noch das Wirtschaftsdemokratie-Programm eine realitätsnahe Handlungsanweisung für Zeiten wirtschaftlicher Krise anboten, richteten die Gewerkschaften — zudem ohne praxisorientierte Konjunkturanalyse — zu Beginn der Krise ihr Hauptaugenmerk auf die Bekämpfung des deutlichsten Krisensymptoms, die Arbeitslosigkeit.

*Erster Ansatz der Krisenpolitik: Verkürzung der Arbeitszeit*

Vor allem die Arbeitslosenzahl signalisierte mit ihrem Ansteigen von 1,892 (1929) über 3,076 (1930) und 4,520 (1931) auf 5,575 Millionen (1932) das Ausmaß der wirtschaftlichen und sozialen Krise. Von daher schien es dem ADGB vorrangig um die Entwicklung und Durchsetzung von Maßnahmen gehen zu müssen, die direkt zur Herabsetzung der Arbeitslosigkeit führen sollten. Neben leerformelhaften Forderungen nach staatlicher Intervention zur Krisenbehebung wurde konkret vor allem die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert, da diese Maßnahme die Möglichkeit zu bieten schien, die (noch) vorhandenen Arbeitsplätze auf eine größere Anzahl von Arbeitern zu verteilen. Obwohl in innergewerkschaftlichen Diskussionen zwar oftmals bemängelt wurde, es handele sich bei der angestrebten Arbeitszeitverkürzung allenfalls um eine Verteilung der Not, da an einen Lohnausgleich ja nicht zu denken sei, wurde diese Forderung seit 1930 immer wieder — in Resolutionen, Kundgebungen und Eingaben insbesondere an die Regierung Brüning — vorgetragen. Durchzusetzen vermochte sich jedoch — schon dies ein Indiz für die Interessenbindung der Regierung Brüning — der Standpunkt der organisierten Arbeitgeberschaft, die jegliche „schematische“, gemeint war gesetzliche, Verkürzung der Arbeitszeit als unberechtigten Staatseingriff in die Wirtschaft ablehnte, der überdies wegen der — wie es hieß — damit verbundenen höheren Kostenbelastung der Wirtschaft zu verstärkter Arbeitslosigkeit führen müsse.

*Die Kaufkrafttheorie oder: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften*

In Besprechungen mit Vertretern der Arbeitgeberverbände vom Frühsommer und Herbst/Winter 1930/31, die zum Teil auf Initiativen des Reichsarbeitsministeriums zurückgingen, traten die Gewerkschafter für einen auf der Linie der Deflationspolitik der Regierung Brüning liegenden forcierten Preisabbau ein; während jedoch die Regierung mit ihrer Politik der insbesondere von Industrieverbänden vertretenen Forderung nach Senkung der Gestehungskosten (Steuern, Löhne, Sozialabgaben) als Voraussetzung für Preissenkungen folgte, um auf diesem Wege — wie es hieß — die Wettbewerbsfähigkeit der exportabhängigen deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu sichern bzw. wiederherzustellen, wiesen die Gewerkschaften darauf hin, daß nicht in einer Steigerung des Exports,

sondern in Anreizen für die Binnennachfrage der Ausweg aus der Krise zu suchen sei. Der ADGB blieb damit zunächst auf dem Kurs, der mit der seit Mitte der zwanziger Jahre — vor allem von *Fritz Tarnow*, dem Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes — vertretenen Kaufkrafttheorie vorgezeichnet war; mit dieser Theorie wurde den Gewerkschaften in argumentativem Überschreiten der Grenzen traditioneller Tarifpolitik eine gesamtwirtschaftliche und auch konjunkturpolitische Funktion und damit Verantwortung zugewiesen, der der ADGB unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise durch die Forderung nach Preisabbau bei Lohnstabilisierung gerecht zu werden versuchte.

Auch mit dieser Forderung vermochte sich der AGDB nicht gegen die Regierungen Brüning und Papen durchzusetzen, die — in Übereinstimmung mit wesentlichen Forderungen der Unternehmerverbände — unter tendenzieller Entmachtung des Parlaments eine Notverordnungspolitik des sozialen Abbaus und damit der Beschneidung der Massenkaufkraft betrieben. Überhaupt war es kennzeichnend für die unternehmerische Argumentation, daß sie jede, so auch die aus der Kaufkrafttheorie hergeleitete Forderung nach Stärkung der Binnennachfrage in den Zusammenhang einer — nach Ansicht der Unternehmerverbände — die Alleinherrschaft in Wirtschaft und Gesellschaft anstrebenden Gewerkschaftspolitik rückte. Jede weitere Konkretisierung gewerkschaftlicher Vorstellungen, dem Staat sozial- und wirtschaftspolitische Steuerungsbefugnisse zuzuweisen, stieß von daher auf eine sich zunehmend verhärtende Abwehr. Nicht übersehen werden darf jedoch auch, daß die Kaufkrafttheorie in interessenspezifischer Einseitigkeit die Bedeutung der Massenkaufkraft hervorhob, die unter konjunkturpolitischem Aspekt innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft doch zumindest ebenso große Wichtigkeit der mit Profiterwartungen verknüpften Investitionsbereitschaft der Unternehmen jedoch übergang und somit sowohl Ansatzpunkte zu unternehmerischer Kritik als auch zu innergewerkschaftlichen Überlegungen bot, diese Theorie den Realitäten der kapitalistischen Wirtschaft anzupassen.

*Die Entwicklung des gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungs-Plans:  
Ein Alleingang*

Es war im Grunde ein Außenseiter, der zumindest den Versuch unternahm, die sozialdemokratisch/freigewerkschaftlichen Programmaussagen unter konjunkturpolitischem Aspekt zu einer realitätsnahen und erfolgversprechenden Kriseninitiative weiterzuentwickeln: Auf der Arbeit *Wladimir Woytinskys*, eines russischen Emigranten, der seit 1922 als nationalökonomischer Schriftsteller in Berlin lebte und 1929 zum Leiter des Statistischen Büros des ADGB berufen wurde, basierte das gewerkschaftliche Arbeitsbeschaffungsprogramm. Durchaus in Übereinstimmung mit der Theorie des organisierten Kapitalismus glaubte Woytinsky — das zeigte sich in zahlreichen seiner Aufsätze — einen Machtzuwachs des Staates gegenüber der als Folge des Konzentrationsprozesses in zunehmendem Maße von politischen Regulierungsmaßnahmen abhängigen Wirtschaft konstatie-

ren zu können; diesen Machtzuwachs gelte es zur staatlichen Wirtschaftsankurbelung zu nutzen. Nicht mehr am Krisensymptom der Arbeitslosigkeit sollte kuriert werden, sondern Ziel war eine allgemeine Belebung der Wirtschaftstätigkeit.

Dieser Gedanke beherrschte das ungefähr im Februar 1931 ausgearbeitete „Aktionsprogramm für die Belebung der Wirtschaft“, das am 9./10. März 1931 dem Gewerkschaftsvorstand zur Beratung vorgelegt wurde. Ausgehend von einer Gegenüberstellung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit als dem Indikator für unausgenutzte produktive Kräfte und den Indexkurven der Großhandelspreise seit Mitte des 19. Jahrhunderts kam Woytinsky hier zu dem Ergebnis, daß Preis-senkung mit Kreditverteuerung, Preissteigerung aber mit Kreditverbilligung und damit einer tendenziellen Ankurbelung der Wirtschaft Hand in Hand gehe. So schienen die Entsprechungen in der Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Großhandelspreisen Möglichkeiten der Konjunkturbelebung mittels Manipulation des Preisniveaus zu eröffnen; d. h. im Gegensatz zur bisherigen Position der freien Gewerkschaften forderte Woytinsky statt Preisabbau eine international abgestimmte Hebung der Preise auf das Niveau der Jahre 1928/29. Unter Berufung auf die Vorschläge des Goldausschusses des Völkerbundes trat er deshalb für eine international abgesprochene Senkung der Golddeckungsreserven ein, wodurch eine Kreditausweitung ermöglicht werden sollte. Bei monetären Maßnahmen lag der Schwerpunkt dieses Programms; die Benutzung des dadurch gewonnenen gesteigerten Staatskredits zur Arbeitsbeschaffung mittels öffentlicher Auftragsvergabe spielte noch eine untergeordnete Rolle und trat erst in der veröffentlichten Fassung deutlich hervor.

*Der Arbeitsbeschaffungs-Plan in der innergewerkschaftlichen Diskussion*

Nachdem der Bundesvorstand des ADGB in der März-Sitzung 1931 das „Aktionsprogramm“ zur Veröffentlichung freigegeben hatte, setzte mit der Publizierung einer umgearbeiteten und gekürzten Fassung in der gewerkschaftlichen Monatsschrift „Die Arbeit“ vom Juni 1931 eine innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung durchaus kontrovers geführte Diskussion ein, zu deren Schärfe Woytinsky sicherlich selbst nicht geringfügig beigetragen hatte; denn auch wenn er in der unveröffentlichten wie der publizierten Fassung des Aktionsprogramms gleichermaßen betonte, gerade die von ihm entwickelte Konzeption einer aktiven Konjunkturpolitik entspreche dem sozialistischen Ziel der Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft, so mußte doch seine Kritik an der bisherigen Politik der Sozialdemokratie, die auf „Einlullung der Arbeiterschaft mit der sozialistischen Zukunftsmusik“ hinausgelaufen sei, von vornherein Negativ-Reaktionen bei denen provozieren, von deren parlamentarischer Unterstützung jedoch die Durchsetzung des Plans — getreu der traditionellen Arbeitsteilung von Partei und Gewerkschaften — abhängig war.

Wortführer der innersozialdemokratischen Kritik war Fritz Naphtali, der in einer von der „Arbeit“ im Juli 1931 veröffentlichten Stellungnahme — als „Schü-

ler" Hilferdings — gegen die Vorschläge Woytinskys einwandte, sie müßten unweigerlich inflationistisch wirken und bedeuteten somit „eine Fehlleitung von Energien“ der Sozialdemokratie. Angesichts der Erfahrungen der Hochinflation mögen diese Befürchtungen zwar verständlich erscheinen; sie beruhten jedoch, wie in Anbetracht der herrschenden Deflations-Politik festzustellen ist, die zu einem ständig fortschreitenden Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft beitrug, auf einer Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Realität. Für die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die sich den von Naphtali vorgetragenen Vorbehalten weitestgehend anschloß, dürfte vor allem der Entschluß zur Tolerierung der Regierung Brüning maßgebend gewesen sein, dem ein Einschwenken auf die Idee einer aktiven Konjunkturpolitik durch Kreditausweitung zuwidergelaufen wäre. Auch ein grundsätzlicher Vorbehalt gegen die seit der Jahrhundertwende deutlich zunehmende Selbständigkeit der Freien Gewerkschaften sowie gegen den Gebrauch, den diese davon machten, mag für das hinhaltende Taktieren der SPD-Führung eine Rolle gespielt haben; denn in der Tat konnte der Plan Woytinskys als sozialpolitisch motivierte Überlebenshilfe für die privatkapitalistische Ordnung, die sich in einer „End-Krise“ zu befinden schien, gedeutet werden und damit das Programm einer Überwindung des Kapitalismus desavouieren. Gerade dieses Problem wurde von Fritz Tarnow in seinem auf dem Leipziger Parteitag (31. Mai bis 5. Juni 1931) gehaltenen Referat über „Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse“ mit der umstrittenen Formel angesprochen, die wirtschaftliche Krisensituation sei geeignet, SPD und Freie Gewerkschaften, ob sie wollten oder nicht, zum Arzt und Erben am Krankenbett des Kapitalismus zu machen. Zwar stimmten die Delegierten der dem Referat entsprechenden Resolution zu, doch eine Konkretisierung dieser Gedanken blieb innerhalb der SPD-Programmdiskussion aus.

Demgegenüber wurden die Arbeitsbeschaffungs-Vorstellungen von Wladimir Woytinsky, Fritz Tarnow und *Fritz Baade*, dem Leiter der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen und Mitglied der SPD-Reichstagsfraktion, weiterentwickelt; um die Jahreswende 1931/32 legten sie den nach den Autoren benannten WTB-Plan vor, dessen erste Fassung vom 23. Dezember 1931 noch ein international abgestimmtes Vorgehen forderte. In der endgültigen Fassung vom 26. Januar 1932 wurden dann jedoch nurmehr Maßnahmen der innerdeutschen Wirtschaftspolitik angesprochen. Vorgelegt wurde ein Programm öffentlicher Arbeiten mit einem Finanzvolumen von 2 Milliarden Reichsmark, durch die — gewissermaßen als Initialzündung — 1 Million Arbeitslose für ein Jahr wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden sollten.

#### *Der Krisenkongreß vom 13. April 1932*

Der Krisenkongreß vom 13. April 1932 bildete den Schlußpunkt der innergewerkschaftlichen Diskussion und sollte — so *Theodor Leipart*, der Vorsitzende des ADGB — wie ein „Fanal“ wirken, um das sich alle scharen müßten, die für

eine sofortige Krisenbeendigung einträten. Die vom Kongreß verabschiedete Resolution empfahl, aufgrund staatlicher Aufträge — bei Einhaltung der 40-Stunden-Woche — folgende Arbeitsvorhaben durchzuführen: Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes, Arbeiten zum Schutz gegen Hochwassergefahren, Kleinwohnungsbau, Hausreparaturen, Aufträge von Reichsbahn und Reichspost, Siedlungsarbeiten und landwirtschaftliche Meliorationen.

Die zur Durchführung dieser Arbeiten erforderlichen Geldmittel sollten durch Zusammenfassung der frei werdenden Arbeitslosenunterstützung, der Steuern der Wiederbeschäftigten, der Mehreinnahmen aus Verbrauchssteuern und letztlich durch die Auflage einer Arbeitsbeschaffungsanleihe, die wohl als Zugeständnis an die Vorstellungen der SPD-Reichstagsfraktion Aufnahme in das Programm gefunden hatte, aufgebracht werden. Von dieser „volkstümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe“ versprach man sich die Mobilisierung der gehorteten Spargelder. Sollte die Anleihe jedoch nicht in vollem Umfange — womit zu rechnen war — auf dem Kapitalmarkt untergebracht werden können, so sollte sie den Banken als bei der Reichsbank rediskontierbare Unterlage zur Zwischenfinanzierung dienen. Die Gefahr einer Inflation schien im Rahmen dieses Finanzierungsplanes schon deswegen nicht akut zu sein, weil der in Aussicht genommenen Kreditausweitung in ausreichendem Maße ungenutzte industrielle Produktivitätsreserven gegenüberstanden. Zur Koordinierung aller Arbeitsbeschaffungsträger sollte eine „Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung“ gegründet werden, in der die Gewerkschaften stark vertreten sein mußten.

Der konjunkturtheoretische Aspekt, etwa eine Diskussion der Konjunkturzyklen oder auch nur des Rationalisierungsproblems, spielte in der ADGB-offiziellen Begründung des Arbeitsbeschaffungsplans kaum eine Rolle. Die vorgesehenen Maßnahmen legitimierten sich vor allem aus der Notwendigkeit einer nachhaltig wirksamen Arbeitsbeschaffung und der davon ausgehenden Kaufkraftimpulse, die gleichsam den wirtschaftlichen Automatismus wieder in Gang setzen sollten.

Im zweiten Teil der Resolution des Krisenkongresses, in der übrigens — wohl auch das ein Zugeständnis an die abwartende Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — eine konkrete Finanzierungssumme fehlte, wurde das Postulat zum „Umbau der Wirtschaft“ erneut vorgetragen, das — so der Kongreß — vom Bundesvorstand der Regierung vorzulegen sei, denn nach den Erfahrungen der letzten Zeit müßten der „Einfluß des Staates, seine Aufsicht und Mitwirkung in der Wirtschaft [. ..] beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden“.

#### *Die „Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft“*

Von diesem Dualismus zwischen der Forderung der Arbeitsbeschaffung und nach Umbau der Wirtschaft, d.h. zwischen — wie es schien — Rettung und damit erneuter Stabilisierung des Kapitalismus einerseits und einer das Ziel der System-



Überwindung formulierenden Programmatik andererseits, waren die innergewerkschaftlichen Diskussionen der Folgezeit bestimmt, nachdem man sich auf dem Krisenkongreß in dieser Frage sehr zurückgehalten hatte.

Als kennzeichnend für die Schwierigkeiten, diese gewerkschaftlichen Programmaussagen miteinander zu verknüpfen, sei hier auf einen Beitrag Woytinskys verwiesen, nach dessen Ansicht „Die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Krise“ zweierlei Maßnahmen ergreifen müsse: erstens Maßnahmen allgemeiner Art zur Veränderung des kapitalistischen Systems und zweitens Notmaßnahmen zur Überwindung der akuten Krisensituation; den einen entsprächen die vom ADGB im April/Mai 1932 entwickelten „Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft“, den anderen das Aktionsprogramm zur Arbeitsbeschaffung. Für den Umbau der Wirtschaft schien — so Woytinsky in Übereinstimmung mit dem offiziellen gewerkschaftlichen Programm — die Realisierung eines Katalogs von Maßnahmen erforderlich zu sein, der von der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Energie- und Verkehrswirtschaft sowie der Banken über die Institutionalisierung eines Kartell- und Monopolamtes und die Demokratisierung der Reichsbank bis zur innereuropäischen Wirtschaftszusammenarbeit und schließlich zum Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft reichte. Mit diesen Maßnahmen sollte generell die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus vermindert bzw. behoben werden; demgegenüber schien die Durchführung von Arbeitsbeschaffungsvorhaben sofort einen Ausweg aus der Krise versprechen zu können, wobei durch die Transformation der Dialektik von Reform und Revolution in ein zeitliches Nacheinander die Frage verschleiert wurde, ob nicht die Realisierung der Arbeitsbeschaffungsprojekte gerade die Verwirklichung des weitgesteckten Zieles eines Umbaus der Wirtschaft erneut in weite Ferne rücken könnte.

Festzuhalten ist jedoch, daß die Verbindung von Arbeitsbeschaffungspostulat und „Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft“ geradezu die Erkenntnis der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus voraussetzte, die eben nicht durch einmaliges öffentliches Eingreifen behoben sei. Der noch Ende 1932 von Naphtali erhobene Vorwurf, der ADGB gebe sich Illusionen über die Wirksamkeit einer „monetären Kurbelpolitik“ hin, trifft unter diesem Aspekt kaum ins Schwarze. Daß jedoch von den Führern der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung aus der auch von bürgerlichen Regierungen — insbesondere nach der Bankenkrise — in zunehmendem Maße betriebenen staatlichen Wirtschaftslenkung geschlossen wurde, man befinde sich bereits auf dem Wege zum angestrebten Ziel des Sozialismus, läßt doch auf ein gewisses Defizit in der Analyse des politischen Status quo schließen; denn sicherlich hätte berücksichtigt werden müssen, daß es gerade ein verstärkt autoritär organisierter Staat war, der die Maßnahmen der Intervention durchführte. Zudem forderte die optimistische Einschätzung schon bestehender Institutionen als „wirtschaftsdemokratische Elemente“ zur Formierung des publizistischen Widerstandes der bürgerlich-konservativen Kräfte gegen eine Republik

heraus, die — nahm man die allzu rosige Propaganda von SPD und ADGB beim Wort — bereits auf dem besten Wege zum Sozialismus war. Die scharfen Reaktionen gerade der Unternehmerverbände bestärkten andererseits die Führung von SPD und ADGB in der Ansicht, mit ihren Forderungen an die Grenzen des vernünftigerweise Mach- bzw. Durchsetzbaren gestoßen zu sein — worauf in der Auseinandersetzung mit den innerorganisatorischen „Linken“ dann auch hingewiesen wurde.

*Programmatisch vorgezeichnet: Der Weg zur Beschränkung der gewerkschaftlichen Autonomie*

Eine Belastung für das Verhältnis von SPD und ADGB dürfte allein schon die Tatsache bedeutet haben, daß der ADGB mit den „Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft“ ein eigenständiges Programm veröffentlicht und damit seine ideologische Unabhängigkeit von der SPD betont hatte. Auffallend ist dabei vor allem die diese Richtlinien implizierende Beschränkung des gewerkschaftlichen Aktionsfeldes, die einerseits den Bedingungen der Krisensituation angepaßt war, die aber den ADGB andererseits durchaus Anhängern autoritär-ständischer Staatsmodelle als Mitarbeiter empfehlen konnte. Während mit der von SPD und Gewerkschaften gemeinsam vertretenen Wirtschaftsdemokratie-Konzeption eine Instrumentalisierung des Staates zugunsten der gewerkschaftlichen Ziele — global: Emanzipation der Arbeiterschaft — beabsichtigt worden war, gingen die „Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft“ davon aus, daß der Staat die Wirtschaft beherrschen solle. Diese Formulierung scheint die Bereitschaft der Gewerkschaften anzuzeigen, freiwillig ihre Autonomie zugunsten eines Staates einzuschränken, der — nach Ansicht des ADGB — das „Gesamtinteresse“ vertreten werde. Von hier bis zu den Plänen einer Gewerkschafts-Achse, auf die — reichend von SPD über Zentrum bis zum Strasser-Flügel der NSDAP — sich die Regierung Schleicher hätte stützen können, ist kein allzu weiter Weg mehr. Man mag darin auch theoretische Ansätze der opportunistischen Haltung des ADGB im Frühjahr 1933 sehen können, die indessen die Auflösung der Freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 nicht verhinderte.

Zu beachten ist überdies, daß auch die — realisierte — Forderung nach einer aktiven Konjunkturpolitik dazu geeignet war, den gewerkschaftlichen Handlungsspielraum einzuschränken. Gerade ein Blick auf die Entwicklung in den USA, in England und Schweden macht deutlich, daß die wirtschaftliche Krisensituation keineswegs zwangsweise zum Faschismus und zur Zerschlagung der Gewerkschaften führen mußte; es zeigte sich jedoch, daß die Wirtschaftsbelebung desto rascher und geradliniger verlief, je stärker die gewerkschaftliche Autonomie beschnitten wurde, d.h. je schärfer sich die Wirtschaftspolitik an den Interessen der Unternehmen orientierte und demgemäß den Spielraum z. B. für gewerkschaftliche Forderungen — Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung usw. — beschnitt.

*Das Scheitern des Arbeitsbeschaffungsplans: Eine verpaßte Chance*

Wie eng der Spielraum für Erfolge der gewerkschaftlichen Politik ohnedies geworden war, hatte sich schon bei den Mißerfolgen in der Frage der Arbeitszeitverkürzung und Lohnniveaustabilisierung gezeigt. Es ist jedoch zu fragen, ob die ADGB-Führung den noch verbleibenden Rest an Autonomie in einer der Situation angemessenen Weise genutzt hat; gedacht ist vor allem an die Versuche, die Arbeitsbeschaffungsforderung zu realisieren. Nur sehr knapp kann hier darauf eingegangen werden, daß der ADGB zwar die Resolution des Krisenkongresses sowie die Aufsätze und Broschüren zur Arbeitsbeschaffung an die Regierungen von Reich und Ländern sandte und daß in internen Besprechungen versucht wurde, die SPD zur Übernahme und damit parlamentarischen Vertretung dieser Forderung zu bewegen. Doch müßte überdacht werden, ob nicht die Beschränkung auf institutionalisierte und parlamentarische Wege der Interessenvertretung angesichts der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse sowieso von vornherein zum Scheitern verurteilt war; die potentiell stärkste Machtausübung seitens der Gewerkschaften — die Mobilisierung der Mitglieder-massen — wurde, soweit zu sehen ist, für die Durchsetzung der Arbeitsbeschaffungsforderung gar nicht erst erwogen. Sicherlich ist zu berücksichtigen, daß die Waffe des Streiks bei 6 Millionen Arbeitslosen stumpf zu werden drohte; doch es ist kennzeichnend, daß dieser Hinweis nur zur Rechtfertigung für das Ausbleiben von Defensivaktionen bei Papens Putsch gegen die preußische SPD-Regierung vom 20. Juli 1932 und bei der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten angeführt wird, daß demgegenüber eine offensive Vertretung von Forderungen durch die Mobilisierung der Mitglieder offenbar nicht nur außerhalb des Praxis-, sondern auch des Planungshorizonts der Gewerkschaftsführung lag. Es mag dies mit der — schon von zeitgenössischen Kritikern bemängelten — Tendenz zur Überalterung und Bürokratisierung der Gewerkschaftsführung zusammenhängen.

Einmal abgesehen von dieser grundsätzlichen Frage kann jedoch das Bedauern der Verfasser des WTB-Plans unterstrichen werden, mit dem diese rückblickend das hinhaltende Taktieren der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion betrachteten. Der Arbeitsbeschaffungsplan lief nicht nur der spezifisch sozialdemokratischen Interpretation marxistischer Evolutionserwartungen, sondern, wie gesagt, zudem der Tolerierung der Regierung Brüning zuwider, zu der man sich entschlossen hatte, um — wie man sagte — Schlimmeres zu verhüten. Doch auch nach dem Sturz der Regierung Brüning, die mit ihren konservativen Siedlungsplänen die Interessen der ostelbischen Großgrundbesitzer getroffen hatte, mochte sich die SPD-Reichstagsfraktion nicht zu einer konsequenten Arbeitsbeschaffungsinitiative entschließen. Nachdem die SPD-Reichstagsfraktion in der Sitzung vom 10. Mai 1932 nur verbal — und zudem wohl unter dem Konkurrenzdruck des Strasser-Flügels der NSDAP — zum Befürworter eines „großzügigen Arbeits-

beschaffungsprogramms" geworden war, bedurfte es offenbar massiven (intern auf Führungsebene ausgeübten) Drucks, d. h. der Drohung, es sonst zum Bruch zwischen Partei und Gewerkschaften kommen zu lassen, um die SPD-Fraktion wenigstens zu einem Kompromiß zu bewegen: In der entscheidenden Fraktions-sitzung vom August 1932 wurden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Gesamtfinanzierungsrahmen von einer Milliarde RM beschlossen; allein Fritz Tarnow — der jedoch keineswegs einziger Gewerkschaftsfunktionär in der SPD-Fraktion war — stimmte gegen diesen Kompromiß, da er ihm — und hier wird man ihm recht geben müssen — als unzureichend erschien. Am 30./31. August 1932 wurde ein entsprechender Gesetzesantrag der SPD eingebracht und — das zeigt den geringen parlamentarischen Einfluß der SPD — im Reichstag abgelehnt. Es ist zu fragen, ob bei einer rechtzeitigen Übernahme der gewerkschaftlichen Forderungen seitens der SPD nicht die Attraktivität der Partei so gestiegen wäre, daß sie aus den Wahlen vom 31. Juli 1932 wenn nicht als Sieger, so doch als Verhinderer der starken NSDAP-Zugewinne hervorgegangen wäre. Damit befinden wir uns jedoch auf dem Gebiet der Spekulation, das naturgemäß Fragen, aber keine gesicherten Antworten zuläßt.

Insgesamt drängt sich der Eindruck einer verpaßten Chance auf, die Weimarer Republik durch wirtschaftliche Stabilisierung in letzter Stunde zu retten. Doch wird man nicht übersehen dürfen, daß die politische Verantwortung nicht bei der SPD, sondern der Regierung Brüning lag, die sich unter den Primat der Lösung der Reparationsfrage gestellt und die notwendigen Schritte in Richtung auf eine Konjunkturbelebung unterlassen hat. Zwar hat der Krisenkongreß die innerministeriellen Beratungen für eine kurze Zeit unter Druck gesetzt — Reichsarbeitsminister Adam Stegerwald, der Brüning auf dem Krisenkongreß vertrat, wollte nicht mit leeren Händen vor die Delegierten treten —, doch die Politik des sozialen Abbaus blieb bestehen. Auch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung Papen, die mit der Notverordnung vom 14. Juni 1932 135 Millionen Reichsmark zur Verfügung stellte, waren von viel zu geringem Umfang, als daß sie eine Änderung der wirtschaftlichen Situation hätten bewirken können; die Erweiterung auf ca. 300 Millionen mit den Notverordnungen vom 4./5. September 1932 kam saisonal ungünstig und — letztlich wie auch die weitere Erhöhung durch die Regierung Schleicher — zu spät, um noch rechtzeitig stabilisierend zu wirken. Erst die nationalsozialistische Regierung profitierte von diesen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, d. h. ihr wurde das Sinken der Arbeitslosenzahlen ab als Erfolg gutgeschrieben, wohingegen sich die nochmalige Erweiterung des Arbeitsbeschaffungsvolumens und insbesondere die Forcierung der Aufrüstung ab Frühsommer 1933 erst später ausgewirkt haben dürften. Mit dem WTB-Plan sind die Grundgedanken einer antizyklischen Konjunkturpolitik keineswegs zum erstenmal formuliert worden, bevor sie mit der 1936 von *John Maynard Keynes* veröffentlichten „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" ihre klassische Form erhielten; dennoch hat die Übernahme die-

ses Plans zum gewerkschaftlichen Programm größte politische Bedeutung, werden hier doch die Alternativen deutlich, die in der damaligen Krisensituation bestanden; darüber hinaus zeigt sich an der Zusammenfassung von Arbeitsbeschaffungsförderung und „Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft“ exemplarisch das Grundproblem einer sich als sozialistisch verstehenden Politik: die Schwierigkeiten einer Vermittlung zwischen auf Systemüberwindung zielender Programmatik und tendenziell systemstabilisierender Funktion einer an sozialen Erfordernissen orientierten politischen Praxis.